

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15970
Dienstag, 12. Jänner 2021

GAP-Trilog: Enger Zeitplan und kaum Bewegung bei der Grünen Architektur	1
GAP: Wissenschaftler empfiehlt geänderte Zusammensetzung der Blühstreifen	1
Afrikanische Schweinepest: Geschehen in Deutschland weiter dynamisch	2
Rechnungshof kritisiert Wildwuchs bei privaten Gütesiegeln	3
Wintertagung 2021: Fachtag Kommunikation am 25. Jänner	5
LK OÖ: Plattform "Esserwisser" verstärkt digitales Angebot für Pädagogen	5
Kartoffelmarkt: Angebot im Inland gut ausreichend	7
Ukraine: Referendum über Agrarland-Verkauf an Ausländer in Diskussion	7

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

GAP-Trilog: Enger Zeitplan und kaum Bewegung bei der Grünen Architektur

Geteilte Standpunkte zu den Eco-Schemes

Brüssel, 12. Jänner 2021 (aiz.info). - Eine Einigung im Trilog zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis Ende März ist "extrem ambitioniert", erklärte **Peter Jahr** (CDU) aus Deutschland, der im Trilog für das Europaparlament verhandelt. Die "großen Elefanten" seien noch im Raum. Die EU-Mitgliedstaaten beharrten auf einen Anteil der neuen Eco-Schemes von höchstens 20% an den Direktzahlungen. Das EU-Parlament fordere dagegen 30% und werde sich nicht auf die rechnerische Mitte von 25% einlassen, betonte Jahr. Zudem wolle das Europäische Parlament, dass die EU-Kommission eine Liste von möglichen Maßnahmen für die Eco-Schemes vorgebe, was die EU-Mitgliedstaaten ebenfalls ablehnten. Man habe den nächsten Trilog für den 22. Jänner angesetzt und fünf weitere für die Grüne Architektur bis Ende März. Doch das Ziel einer Verständigung noch im ersten Quartal 2021 sei extrem ehrgeizig, gab Jahr im Agrarausschuss des Europaparlaments zu bedenken. * * * *

Die deutsche Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** wies in ihrer Auftaktpressekonferenz für das neue Jahr auf den engen Zeitplan für die GAP-Reform hin. Die EU-Mitgliedstaaten müssten bis Jahresende ihre nationalen Strategiepläne bei der Europäischen Kommission einreichen, und zwar rechtmäßig abgeklärt, führte Klöckner aus. In Deutschland stünden die Gesetzgeber durch die Bundestagswahlen vor der Aufgabe, sich schon im Juni auf die nationalen Strategiepläne zu einigen, also in der letzten Sitzungswoche des Bundestags vor den Wahlen. Das Ergebnis des Trilogs könne nicht abgewartet werden, mahnte die Ministerin. (Schluss) mö

GAP: Wissenschaftler empfiehlt geänderte Zusammensetzung der Blühstreifen

Agrarausschuss des Europaparlaments reagiert skeptisch

Brüssel, 12. Jänner 2021 (aiz.info). - Im Agrarausschuss des Europaparlaments stoßen Auflagen zum Artenschutz auf Kritik, während Wissenschaftler auf den Vorteilen beharren. Bisher werden mit Blühstreifen vor allem die Bestäuber unter den Insekten unterstützt, hielt **Felix Wäckers** von der Universität Wageningen fest. Zukünftig sollen die Blüten verstärkt danach ausgesucht werden, ob sie über die Vermehrung von Nützlingen auch den natürlichen Pflanzenschutz verbessern, erklärte der Professor bei einem Hearing in dieser Woche im Agrarausschuss des EU-Parlaments. Blühstreifen sollten von ihrer Anlage her und von der Mischung der Blütenpflanzen Bestäubern und Nutzinsekten gleichzeitig zugutekommen. Die Landwirte sollten die Artenvielfalt nicht als Belastung, sondern als eine Chance ansehen, bedeutete Wäckers den Abgeordneten im Ausschuss. Der Professor hat ausgerechnet, dass die Landwirtschaft weltweit einen Nutzen von 90 Mrd. Euro pro Jahr durch die Bestäuber hat und einen noch größeren Nutzen von 320 Mrd. Euro pro Jahr durch den natürlichen Pflanzenschutz. * * * *

Die meisten EU-Abgeordneten im Agrarausschuss blieben dagegen skeptisch gegenüber den Forderungen aus der Strategie für den Artenschutz der EU-Kommission. **Ulrike Müller** (Liberale) aus Deutschland fragte nach, ob der Artenschutz wirklich ein überzeugendes Geschäftsmodell für die

Betriebe sei, wie es die EU-Kommission behaupte. Am Schluss bleibe der Landwirt auf den Kosten sitzen und werde selbst gefährdet, gab Müller zu bedenken. Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen 10% der Ackerfläche für den Artenschutz seien viel zu oberflächlich, bemängelte der italienische Christdemokrat **Herbert Dorfmann**. Für Gegenden wie die Alpen, in denen es ausreichend Flächen für den Erhalt der Arten gebe, seien die 10% viel zu hoch, warf Dorfmann ein. Die Strategie der EU-Kommission sei für ihn besserwisserisch und lasse die Landwirte außen vor.

Dagegen verteidigte der Deutsche **Martin Häusling** von den Grünen die Ideen der EU-Kommission zum Artenschutz. Für Häusling ist der Rückgang der Arten ähnlich bedrohlich wie der Klimawandel. Zudem wies er seine Kollegen darauf hin, dass die EU-Kommission nicht 10% der Ackerfläche stilllegen wolle, sondern lediglich die Agrarchemie von diesen Flächen verbannen wolle.

Keine Engpässe zu erwarten

Humberto Delgado Rosa von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission betonte, die Strategie zum Artenschutz sei ehrgeizig, aber realistisch. Der ernste Rückgang von Insekten und Vögeln gefährde die Zukunft der Landwirtschaft. Die Gefahr habe die EU-Kommission nicht einfach angenommen, sie basiere auf wissenschaftlicher Grundlage. Wenn 10% der Ackerfläche für die Arten vorbehalten werde, führe das nicht zu Engpässen bei der Versorgung mit Lebensmitteln, erklärte Delgado Rosa. Schließlich sei die EU ein Nettoexporteur von Lebensmitteln und leide zeitweilig sogar unter einem Überschuss an Agrargütern. (Schluss) mö

Afrikanische Schweinepest: Geschehen in Deutschland weiter dynamisch

Vandalismus bei Wildschutzzäunen erschwert Bekämpfung

Berlin, 12. Jänner 2021 (aiz.info). - Seit dem ersten Auftreten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) im Wildschweinebestand der deutschen Bundesländer Brandenburg und Sachsen sind neben den Mitarbeitern der zuständigen Behörden auch viele weitere Helfer und die Bundeswehr unermüdlich im Einsatz. Sie unterstützen bei der Suche nach erkrankten oder toten Tieren in den betroffenen Restriktionsgebieten. "Es gilt, dadurch die ASP zu bekämpfen, den Tieren die Leiden der Erkrankung zu ersparen und zu verhindern, dass die Hausschweine in den landwirtschaftlichen Betrieben durch Wildschweine angesteckt werden", betont Bundesministerin **Julia Klöckner**. * * * *

Hausschweinebestände bisher ASP-frei

Die Lage bei den Wildschweinebeständen in den betroffenen Gebieten von Brandenburg und Sachsen bleibt dynamisch. Insgesamt wurden bis zum vergangenen Wochenende 480 viruspositive Kadaver (in Brandenburg 463, in Sachsen 17) festgestellt. Zudem wird derzeit ein ASP-Verdachtsfall bei einem Wildschwein aus Potsdam - und damit außerhalb der bisherigen Restriktionszonen - untersucht. "Die Hausschweinebestände in Deutschland sind bisher ASP-frei. Hier sind auch die Landwirte gefordert, sicherzustellen, dass ihre Tiere nicht in Kontakt mit Wildschweinen und Hausschweinen anderer Betriebe kommen und dass sie Futter sowie Einstreu sicher vor Wildschweinen geschützt lagern", betont Klöckner.

Vandalismus an Zäunen gefährdet Seuchenbekämpfung

Neben der Suche nach Fallwild werden derzeit in eingezäunten Arealen Fallen und Abschüsse eingesetzt, um durch ein wildschweinfreies Gebiet den Kontakt mit noch gesunden Tieren zu unterbrechen und so die Verbreitung zu stoppen. Das Errichten von Wildschutzzäunen sowohl um Kerngebiete herum als auch entlang der deutsch-polnischen Grenze wird hierfür als wichtige Maßnahme gesehen. Beispielsweise wurden entlang der Grenze in Mecklenburg-Vorpommern Zäune auf einer Länge von 63 km, in Brandenburg von 127 km und in Sachsen von 56 km aufgestellt. Vorläufige mobile Elektrozäune werden sukzessive durch feste Zäune ersetzt.

Immer wieder berichten die deutschen Behörden aber darüber, dass Zaunanlagen mutwillig zerstört werden. Zudem würden Gittertore oder Gatter, die etwa auf Feldwegen stehen, nach dem Durchfahren nicht wieder geschlossen. Klöckner äußert sich dazu verärgert: "Vandalismus an den Zäunen gefährdet in hohem Maße den Erfolg der Seuchenbekämpfung. Das ist erschreckend und kann weitreichende Konsequenzen haben. Weder ist das Zerstören dieser Schutzmaßnahmen eine Mutprobe noch ein Kavaliersdelikt. Um eine Ausbreitung zu verhindern, müssen sich alle zwingend an die geltenden Vorschriften halten."

Regionalisierung mit Handelspartnern angestrebt

Nach dem ersten Auftreten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen in Deutschland am 10. September 2020 haben zahlreiche Drittländer, darunter auch die Volksrepublik China, Deutschland für den Export von Schweinefleisch gesperrt. Die Bundesregierung in Berlin verhandelt seit Jahren intensiv über eine Regionalisierung mit allen relevanten Handelspartnern, insbesondere mit China. Das Prinzip der Regionalisierung ist international anerkannt, um bei einem Ausbruch einer Tierseuche wie ASP den Handel mit sicheren Produkten aus seuchenfreien Gebieten fortsetzen zu können. Bisher sei es weder der EU noch einem anderen Mitgliedstaat gelungen, bei der Volksrepublik China eine Akzeptanz der Regionalisierung im Hinblick auf ASP zu erreichen, so Klöckner. (Schluss)

Rechnungshof kritisiert Wildwuchs bei privaten Gütesiegeln

Gahr: Herkunftskennzeichnung schafft Transparenz und Sicherheit für Konsumenten

Wien, 12. Jänner 2021 (aiz.info). -Im Rechnungshofausschuss des Nationalrates wurde heute, Dienstag, unter anderem der Bericht betreffend Koordinierung von Qualitätszeichen im Lebensmittelbereich besprochen. Der Rechnungshof kritisiert einen Wildwuchs von Gütesiegeln. "Österreichweit gibt es mehr als 100 Qualitätssiegel, doch das AMA-Gütesiegel ist eines der wenigen, das gesetzlich geregelt ist und auch kontrolliert wird. Vor allem private Initiativen unterliegen keinen transparenten Kontrollen und Prüfungen. Für Konsumenten ist es kaum möglich zu überprüfen, unter welchen Voraussetzungen diese Zeichen überhaupt vergeben werden. Das öffnet Tür und Tor für Konsumententäuschung. Der Rechnungshof fordert hier zu Recht einheitliche Standards und verbindliche Mindestanforderungen. Den Konsumenten werden mit schönen Aufklebern und verwirrenden Siegeln Qualität und Transparenz vorgetäuscht, doch in Wirklichkeit wissen nur die privaten Betreiber, warum gewisse Produkte ein Siegel bekommen", kritisiert der ÖVP-Rechnungshofsprecher

Hermann Gahr die Intransparenz bei Qualitätssiegeln in Österreich. * * * *

30 Schlussempfehlungen kamen vom Rechnungshof nach dem Prüfbericht, wonach besonders an der Transparenz und an Mindeststandards von Qualitätszeichen gearbeitet werden muss. Besonders kritisiert wurde die Irreführung von Konsumenten, weshalb das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Schwerpunktaktionen zum Thema Irreführung durch freiwillige private Qualitätszeichen in den nationalen Kontrollplan aufnehmen sollte.

"Derzeit gibt es etwa bei der Lebensmittelverpackung keine Standards, so können Konsumenten durch Aufkleber und Fantasie-Siegel leicht in die Irre geführt werden. Nur das AMA-Gütesiegel sowie das AMA-Biosiegel und auf europäischer Ebene die "geschützte Ursprungsbezeichnung", die "geschützte geografische Angabe", die "garantiert traditionelle Spezialität" sowie das EU-Bio-Logo unterliegen strengen Kriterien und werden auch dementsprechend geprüft. Vor allem private Siegel dienen wohl hauptsächlich der Dekoration auf der Verpackung, Qualität und Transparenz sucht man meist vergebens", führt Gahr aus.

Luft nach oben bei den "geschützten Ursprungsbezeichnungen"

Gahr verweist auch darauf, dass bei den "geschützten Ursprungsbezeichnungen" in Österreich noch Luft nach oben ist. Für Österreich waren im Prüfzeitraum nur 17 Produkte unter besonderen Schutz der EU gestellt. Insgesamt gibt es europaweit 1.429 geschützte Produkte, nur 1,2% stammen aus Österreich. "Hier müssen wir die Chance nützen und unsere einzigartigen landwirtschaftlichen Produkte auf europäischer Ebene schützen. Die Italiener, Franzosen und Spanier nutzen diese Schutzbezeichnung besonders intensiv, rund die Hälfte der geschützten Produkte entfällt auf diese Länder. Auch wir in Österreich haben viele schützenswerte Erzeugnisse, die besonderen Schutz und ein Qualitätssiegel verdienen", sagt der Tiroler.

Transparente Kennzeichnung ist bester Konsumentenschutz

"Mit dem Kauf eines AMA-Gütesiegel-Produktes kann man sich sicher sein, dass dieses aus Österreich stammt und die staatlichen Qualitätskriterien erfüllt. Um den Konsumenten einen besseren Durchblick im Gütesiegel-Dschungel zu geben, braucht es eine transparente Herkunftskennzeichnung von verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gemeinschaftsverpflegung. Wie der Rechnungshofbericht eindrucksvoll darlegt, fehlen bei den meisten Qualitätszeichen Mindestanforderungen. Mit einer transparenten Herkunftskennzeichnung bringt man Licht ins Dunkel", unterstreicht Gahr. Eine transparente Kennzeichnung sei der beste Konsumentenschutz. Hier könne der Erfolgsweg des AMA-Gütesiegels weiter ausgebaut werden. (Schluss)

Wintertagung 2021: Fachtag Kommunikation am 25. Jänner

Experten diskutieren innovative Lösungen für Information über Landwirtschaft

Wien, 12. Jänner 2021 (aiz.info). - Im Rahmen der Wintertagung 2021 des Ökosozialen Forums diskutieren am 25. Jänner beim Fachtag Kommunikation Vertreter von Wissenschaft, Medien und der landwirtschaftlichen Praxis mit den Teilnehmern über die Versorgungssicherheit im Bereich Informationen. Sie beleuchten das Spannungsfeld zwischen aktuellen Inhalten in der Agrarkommunikation und dem, was sich die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten. * * * *

Hajo Boomgaarden, Professor für Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien, präsentiert wissenschaftliche Erkenntnisse, wie die Corona-Krise unser Bedürfnis nach Informationen verändert hat. Eva Konzett, Redakteurin beim Falter, und Nicola Dietrich, Mitglied der Geschäftsleitung von Styria digital one, werden darstellen, was die Menschen hören und wo sie ihre Informationen konsumieren wollen. Sie diskutieren anschließend mit Bianca Blasl von der Initiative "BauertothePeople", mit einer Landwirtin und einem Landwirt sowie mit Christina Muthenthaler, Leiterin des Netzwerks Kulinarik, Lösungen für dieses Spannungsfeld. Wie man die Konsumenten wirklich mit landwirtschaftlichen Themen erreichen kann, zeigt aber auch eine große Zahl praktischer Beispiele, die in der Mediathek vorgestellt werden.

Wintertagung in neuem Format

Bei der 68. Wintertagung macht sich das Ökosoziale Forum von 21. bis 28. Jänner 2021 mit den Teilnehmern auf die Suche nach Lösungsansätzen für eine nachhaltige, zukunftsfitte und resiliente Wertschöpfungskette bei Lebensmitteln. Unter dem Motto "Gemeinsam is(s)t man besser: Gemeinsam aus der Krise lernen. Gemeinsam zukunftsfit werden." werden Wege und Perspektiven für die Landwirtschaft erörtert. Dabei sind alle Interessierten gefordert, mitzudiskutieren und mitzumachen - das neue, digitale Gesicht der Wintertagung macht es möglich: Alle neun Fachtage stehen online und kostenfrei als Live-Webinare zur Verfügung und werden durch Beiträge in der Mediathek erweitert und ergänzt.

Detaillierte Informationen zu Ablauf und Programm der einzelnen Fachtage sowie die Infos zur Anmeldung finden Sie unter <http://www.oekosozial.at/>. (Schluss)

LK OÖ: Plattform "Esserwisser" verstärkt digitales Angebot für Pädagogen

Neuer Hochschullehrgang "Lebensmittelwissen" entwickelt

Linz, 12. Jänner 2021 (aiz.info). - Die "Esserwisser" haben es sich auf der Online-Plattform www.esserwisser.at zur Aufgabe gemacht, Wissen rund um das Thema Lebensmittel zu vermitteln. Komplexe Themen der Landwirtschaft, Umwelt und Ernährung werden leicht verständlich aufbereitet und für Konsumentinnen und Konsumenten zugänglich gemacht. Eine neue Zielgruppe, die nun auch verstärkt mit digitalen Angeboten der "Esserwisser" erreicht werden soll, sind die Pädagoginnen und Pädagogen. Zudem haben Ernährungsexpertinnen der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich in Kooperation mit der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien unter dem Titel "Lebensmittelwissen" einen neuen Lehrgang für Pädagogen entwickelt. Das Thema

Ernährungskompetenz soll damit in den österreichischen Schulen verstärkt fächerübergreifend implementiert werden. * * * *

"Im Jahr 2020 war es kaum möglich, die bewährten Weiterbildungsangebote der LK OÖ und des Ländlichen Fortbildungsinstituts der LK OÖ (LFI) in Präsenzform abzuhalten. Deswegen bereiten die Esserwisser nun diverse Lebensmittel-Themen für Pädagogen ab sofort auch digital auf. Ernährungs- und Konsumwissen sind wesentliche Kompetenzen für ein selbstbestimmtes und verantwortungsvolles Erwachsenenleben. Um möglichst vielen Kindern Wissen zur Ernährung, zu saisonalen und regionalen Lebensmitteln und zur Verarbeitung dieser Rohstoffe zu vermitteln, setzen wir bei der Schulung der Multiplikatoren, der Lehrer, einen neuen Schwerpunkt", verdeutlicht **Michaela Langer-Weninger**, Präsidentin der LK OÖ.

Unter www.esserwissen.at stehen Inhalte zu Themen wie "Frühstück mit Porridge und Habermus", "Ei - ein geniales Lebensmittel" oder "Bowls - schüsselweise regionaler Genuss" zum Download zur Verfügung. Unterlagen für Schüler, Fachinformationen und praktische Tipps für den Unterricht können mit einem Mausklick abgerufen werden. Die Materialien sind kostenlos und ohne Registrierung nutzbar. Dazu werden die Themenbereiche laufend ergänzt.

Bewährtes Seminarangebot für Pädagogen findet weiterhin statt

Diese neuen, digitalen Vermittlungsangebote für Pädagogen sollen das bisher bewährte Seminarangebot in diesem Bereich in Zukunft ergänzen. Zielsetzung ist, den Lehrkräften auch weiterhin bei diversen Fortbildungsveranstaltungen ein umfassendes Wissen über die Landwirtschaft und das Leben und Arbeiten auf einem Bauernhof zu vermitteln. Die Qualifizierungsprogramme umfassen theoretische und praktische Lernelemente und sind ausgerichtet, alle Sinne anzusprechen. Dazugehörige Unterrichtsmaterialien werden von LK-Experten ausgearbeitet, somit können die Themen rasch in den Schulen umgesetzt werden. Jährlich nehmen laut LK OÖ rund 400 Pädagogen an den Weiterbildungsveranstaltungen des LFI teil. Die Seminare werden zu einem Großteil in den ersten und letzten Wochen der Sommerferien angeboten. Im kommenden Jahr gibt es Themen wie "Den Bienen auf der Spur", "Der Wald der Zukunft", "Ernährungstrends unter der Lupe", "Bio-Boden-Schatzkiste: kindgerechte Methoden zum Boden" und vieles mehr.

"Bäuerinnen und Bauern geben im Rahmen der Fortbildungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen ihr Wissen weiter und stehen für einen offenen Dialog zur Verfügung. Dieser Einblick in die Landwirtschaft schafft gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. Dieses ist gerade in Zeiten, in denen immer weniger Menschen direkten Kontakt mit Bäuerinnen und Bauern oder Zugang zur bäuerlichen Arbeit haben, besonders wichtig", betont Langer-Weninger.

Kurs für Pädagogen an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik

"Wenn wir die Lehrer verstärkt in Ernährungskompetenz schulen, dann bekräftigt dies die jahrelange Forderung der österreichischen Bäuerinnen nach dem Ausbau des ernährungsspezifischen Unterrichts in den Neuen Mittelschulen und der AHS-Unterstufe. Nur ausgestattet mit dem notwendigen Wissen um Produktionsweisen und nachhaltiges Wirtschaften können die Konsumenten von morgen verantwortungsvoll eigene Ernährungs- und Konsumentscheidungen treffen", ist Langer-Weninger überzeugt. Der Kurs "Lebensmittelwissen" wird an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik im Juli 2021 starten. Er dauert bis in den April 2022 und wird parallel an den Standorten Wien und Salzburg durchgeführt. Nähere Informationen gibt es unter dem Link <https://www.haup.ac.at/fortbildung/lebensmittelwissen/>. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Angebot im Inland gut ausreichend

Lagerabbau schreitet voran - Erzeugerpreise auf Vorwochenniveau stabil

Wien, 12. Jänner 2021 (aiz.info). - Am österreichischen Speisekartoffelmarkt ist noch keine spürbare Änderung der Marktlage erkennbar. Das verfügbare Angebot ist, trotz der zuletzt tiefwinterlichen Temperaturen, gut ausreichend. Die Abgabebereitschaft der Landwirte ist weiterhin hoch. Der Lagerabbau schreitet, auch aufgrund der hohen Aussortierungen, stetig voran, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. * * * *

Die Inlandsnachfrage hat sich nach den Feiertagen zwar traditionell wieder etwas beruhigt, die Absatzzahlen im Lebensmitteleinzelhandel sind für Anfang Jänner aber durchaus zufriedenstellend. Die Umsätze in der Gastronomie, speziell in den Tourismusregionen in Westösterreich, leiden unter den strikten Maßnahmen der Pandemiebekämpfung. Auch der Export kommt nicht wirklich in Schwung. Anfragen aus Südost- und Osteuropa gibt es zwar, tatsächliche Abschlüsse sind aber nur mit entsprechend preislichen Zugeständnissen möglich. Die Erzeugerpreise werden daher auf dem Vorwochenniveau fortgeschrieben. In Niederösterreich werden für mittelfallende Ware unverändert meist 12 Euro/100 kg bezahlt, Übergrößen werden um 5 bis 8 Euro/100 kg übernommen. Für drahtwurmfreie, kleinpäckungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 18 Euro/100 kg zu erzielen.

BRD: Nachfrage hat sich beruhigt

Auch am deutschen Speisekartoffelmarkt hat sich die Nachfrage nach den Weihnachtsfeiertagen erwartungsgemäß beruhigt. Sowohl der Einzelhandel als auch viele Konsumenten haben sich kurz vor Weihnachten reichlich mit Ware eingedeckt und sind vorerst noch entsprechend gut versorgt. Wie sich der Lockdown, der mindestens bis Ende Jänner verlängert wurde, auf den Speisekartoffelmarkt auswirkt, bleibt abzuwarten. Tendenziell dürfte der eingeschränkte Außer-Haus-Verzehr die Nachfrage im Handel stützen. Der große Verlierer dürfte wiederum die Pommes-Produktion sein.

Auf der Angebotsseite sind die hohen Absortierungen wegen mangelnder Qualitäten im Lager weiterhin ein Thema. Die Abgabebereitschaft der Landwirte bleibt hoch. Viele Erzeuger wollen sich lieber heute als morgen von qualitätsschwachen Partien trennen. Auch die fehlende Aussicht auf entsprechende Lageraufschläge mindert die Bereitschaft einer längeren Lagerhaltung. Preislich gibt es keine Änderung zu den Vorwochen. Im Bundesdurchschnitt wurden zuletzt für qualitativ einwandfreie Speisekartoffeln zwischen 10 und 11 Euro/100 kg Erlöst. (Schluss)

Ukraine: Referendum über Agrarland-Verkauf an Ausländer in Diskussion

Abstimmung soll innerhalb der nächsten drei Jahre stattfinden

Kiew, 12. Jänner 2021 (aiz.info). - In der Ukraine dürfte ein Referendum über den Zugang von "Ausländern" zum Agrarlandmarkt innerhalb der nächsten drei Jahre durchgeführt werden. Das hat der Leiter des kürzlich wieder ins Leben gerufenen Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung, **Roman Leschtschenko**, gegenüber der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita verkündet. Bis dahin können ausländische Investoren lediglich von ihrem Recht auf langfristige Pachtverträge

Gebrauch machen. Solange die Bodenreform im Land noch nicht abgeschlossen ist, blicken diese jedoch mit äußerster Vorsicht auf Investitionen in die ukrainische Landwirtschaft, konstatierte der Minister. (Schluss) pom